

Volkes schulpolitische Stimme

In Nordrhein-Westfalen läuft das erste Volksbegehren seit 39 Jahren. Wieder geht es um eine Frage der Bildungspolitik: Sollen alle Gymnasien zu G9 zurückkehren?

Von Reiner Burger

Es ist das erste Volksbegehren seit 39 Jahren in Nordrhein-Westfalen: Seit Anfang des Jahres sammelt die Elterninitiative „G9-jetzt!“ Unterschriften für die Abschaffung des sogenannten Turbo-Abiturs. Seit Anfang Februar muss jede Kommune im bevölkerungsreichsten Bundesland Listen der Initiative im Rathaus oder Bürgeramt auslegen. Und damit auch all jene, denen es nicht möglich ist, zu behördenüblichen Zeiten aufs Amt zu gehen, per Unterschrift ihre Unterstützung für das Volksbegehren bekunden können, sind Städte und Gemeinden verpflichtet, die Eintragungsstellen zusätzlich an vier Sonntagen für jeweils vier Stunden zu öffnen. Am vergangenen Sonntag fand der erste dieser „Eintragungs-Sonntage“ statt. Dass es der Initiative gelingt, in Jahresfrist mehr als die für ein erfolgreiches Volksbegehren erforderlichen rund 1,1 Millionen Unterschriften zu sammeln, ist ziemlich wahrscheinlich, zu sehr bewegt viele Schüler und Eltern das Thema Turbo-Abi nun schon seit Jahren. Sind die Unterschriften beisammen, ist der Landtag am Zug. Lehnt er eine Rückkehr zum Abitur nach neun gymnasialen Jahren ab, kommt es zu einem Volksentscheid über das „Recht auf G9 und unterrichtsfreie Nachmittage“, wie die Elterninitiative formuliert.

Die G8-Gegner haben es also mittlerweile ziemlich weit gebracht – gegen viele Widerstände. Zunächst hatte sich die rot-grüne Landesregierung nämlich kategorisch darauf festgelegt, das Abitur nach zwölf Schuljahren beizubehalten und es nur zu „optimieren“. Das Kernargument lautete: Man darf nicht alle paar Jahre das ganze System auf den Kopf stellen. Auch die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer eines „runden Tisches“, zu dem Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) geladen hatte, sprach sich dafür aus, G8 lediglich gründlich zu überarbeiten. Seit vergangem Jahr sind Beschränkungen der Hausaufgaben, des Lernstoffs und des Nachmittagsunterrichts in Kraft. Auch die damalige Führung der Landeselternschaft der Gymnasien sprach sich für diesen Weg aus. Die G9-Aktivisten um den Lehrer Marcus Hohenstein, die ebenfalls



Nicht nur eine Frage von Jahren: Schüler beim Abitur

Foto dpa

am „runden Tisch“ saßen, ließen sich davon nicht entmutigen. Sie setzten auf zwei Formen des Widerstands. Zum einen schlugen sie den Weg der Volksgesetzgebung ein, sammelten binnen kurzer Frist 100 000 Unterschriften für eine Volksinitiative und zwangen den Landtag damit erstmals, sich mit ihrem Anliegen zu befassen. Im Frühjahr 2015 lehnte das Parlament eine Rückkehr zu G9 jedoch mit breiter Mehrheit ab. Viele Bildungspolitikern glaubten, damit habe sich die Sache erledigt. Doch sie unterschätzten Hohenstein und seine Mitstreiter. Ihnen gelang es nämlich zum anderen, die Landeselternschaft der Gymnasien auf ihre Seite zu ziehen.

Dass die politische Diskussion über das Turbo-Abitur in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr neu entbrannte, hatte mit den Ergebnissen mehrerer Umfragen des Bildungsforschers Rainer Dollase im Auftrag der neuen Führung der Landesel-

ternschaft zu tun: Zwischen 79 und 88 Prozent der befragten Eltern und Lehrer sprachen sich für eine Rückkehr zu G9 aus.

Seither haben sich alle Parteien bis auf die Piratenpartei neu positioniert. Die FDP, die die verkürzte Gymnasialzeit bisher mit besonders viel Verve verteidigt hatte, sprach sich nun dafür aus, es künftig wie in Hessen und Bayern den Schulen zu überlassen, ob sie G8 oder G9 anbieten. Die SPD beschloss ein Modell, das G8 und G9 unter einem Schultdach möglich machen soll. Die in die Defensive geordnete Schulministerin Löhrmann schlug in aller Eile vor, die Lernzeiten nicht nur an Gymnasien, sondern an allen Schulformen zu flexibilisieren. Solche Mischformen lehnt die CDU ab. Sie will G8 und G9 zwar gleichberechtigt im Schulgesetz verankern, ist aber gegen die Forderung der Elterninitiative, G9 „zwingungsweise von oben herab“ wieder für alle Gymna-

sien im Land einzuführen. Dort, wo G8 funktioniert und akzeptiert werde, solle die verkürzte Gymnasialzeit beibehalten werden dürfen.

Die Elterninitiative hält all diese Modelle für Mogelpackungen. Den Regierungsparteien SPD und Grünen wirft sie vor, „das Thema Turbo-Abitur in ihrem Sinne umzudefinieren: keine Rücknahme des Nachmittagsunterrichts und der inhaltlichen Entleerung des Gymnasiums“. Das Volksbegehren sei deshalb der einzige Weg, um zu „G9 wie früher“ zurückzukehren. Beim bisher einzigen erfolgreichen Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen ging es auch um Schulpolitik. Vor 39 Jahren kämpfte die Initiative „Stop Koop“ gegen den Plan der sozialliberalen Landesregierung, Haupt-, Realschulen und Gymnasien im ganzen Land zu „Kooperativen Schulen“ zusammenzufassen. Mehr als 3,6 Millionen Stimmberechtigte votierten gegen die Einheitsschulen. Um nicht auch

noch bei einem Volksentscheid eine schwere Schlappe zu erleiden, zogen SPD und FDP ihre „Koop“-Pläne zurück. Während sich die FDP seither als Hüterin des bewährten gegliederten Schulsystems sieht, hat die SPD sich nicht lange vom „Koop“-Schock beeindruckt lassen. Mit den Grünen bekamen die Sozialdemokraten einen Regierungspartner, der mit ebenso viel Verve am Ausbau der Gesamtschulen arbeitete. Dass sich auch der wahrscheinliche Erfolg der G9-Initiative als Pyrrhussieg erweisen dürfte, liegt allerdings weniger an der Beharrungskraft ideologischer Schulpolitiker, sondern vor allem daran, dass es eine Rückkehr zu „G9 wie früher“ gar nicht geben kann, zu sehr hat sich das System schon verändert – unter anderem durch die Einführung von Ganztagsangeboten, die von vielen Eltern eingefordert werden, die sich im Zuge der G9-Kampagne nun mit ihrer Unterschrift für freie Nachmittage einsetzen.

Vor 55 Jahren sorgte ein Erlass des hessischen Kultusministers für Aufsehen. Er erlaubte das Bestehen der Reifeprüfung im Falle einer Fünf in Deutsch dann, wenn die mangelhafte Leistung im literarischen Felde zustande komme. Defizite im formalsprachlichen Bereich galten weiterhin als nicht tolerierbar. Zum ersten Mal wurden schulische Anforderungen, die bis dahin in Stein gemeißelt schienen, ohne eine didaktische Begründung gesenkt. Einen vorläufigen Endpunkt dieser Entwicklung setzte der Minister letztes Jahr, als er die Abwertung von Klausuren in der Oberstufe bei sprachlichen Mängeln um die Hälfte zurücknahm. Die Beherrschung der Grammatik und Orthographie ist offenkundig keine Berufs- und Studiumsvoraussetzung mehr; das hessische Entgegenkommen bei sprachlicher Inkompetenz sorgte lediglich für Anpassung an die anderen Bundesländer. Zyniker sehen schon Abiturprüfungen in „leichter Sprache“ voraus.

Wer die öffentliche Debatte verfolgt, weiß, dass halbe Analphabeten den Hauptschulabschluss in der Tasche haben, dass manche Realschulabsolventen weder alle Monatsnamen kennen noch eine Vorstellung davon haben, was „Prozent“ bedeutet. Alarmrufe von Universitäts- und dualer Ausbildung verhallen ungehört und begleiten das Schicksal junger Menschen, die formal erfolgreich, faktisch unqualifiziert und subjektiv ratlos und betrogen sind. Eine Gesellschaft, die nicht müde wird, die kognitive Leistungsfähigkeit eines rohstoffarmen Landes zu beschwören, macht Kinder zu Opfern eines Schulwesens, das seine Existenz gesetzlichem Zwang verdankt und seine Arbeit nicht mehr gewissenhaft tut.

Wie funktioniert das? Warum spielen Lehrkräfte und Eltern als gemeinsame Träger der Verantwortung für das Kindeswohl dieses Spiel mit der Zukunft der Kinder? Die Lage ist sehr unübersichtlich; einige Faktoren, die sich über Jahrzehnte verfestigt haben, können aber zeigen, wie bessere Noten zunehmend prekäre Kenntnisse und Fertigkeiten „belohnen“.

Der formal bescheinigte Bildungsabschluss wird immer wichtiger für den Eintritt in den Beruf. Von der Krankenpflege über die Erziehung bis zur Polizei haben Gründe der Bezahlung und gesellschaftlichen Wertschätzung Abitur und Studium zur Pflicht gemacht. Das ließe sich auch gut begründen, wäre das Reservoir der Studierfähigen unabhängig von

Klausur

Ermäßigungspädagogik

Wie die Schule es schafft, zu Lasten der Kinder zielstrebig ihre Anforderungen zu senken

der Gaußschen Normalverteilung der Intelligenz. Ronald (alle Namen geändert), Realschüler, der eigentlich das Bankfach lernen möchte und von sechs Geldinstituten wegen fehlender Hochschulreife nicht angenommen wird, quält sich durch die gymnasiale Oberstufe, studiert gegen seinen Willen BWL und scheitert in den ersten Semestern an der obligatorischen Mathematik.

Lehrer tun gemeinhin das, was man ihnen befiehlt, auch wenn sie es für falsch oder unverantwortlich halten. Die Grundschullehrerin Schneider ist verzweifelt, weil sie künftig weder Schreibschrift noch korrekte Orthographie lehren darf. Sie hat sich mit Graphomotorik, der Lehre vom Schreibenlernen, gründlich befasst und weiß, dass solche Erleichterung die Kinder später teuer zu stehen kommen wird. Es hilft ihr nichts; der Lehrplan und die Schulkonferenz haben es beschlossen, und die Eltern sind begeistert, weil die Kleinen schon in der zweiten Klasse „richtige Schriftsteller“ sind. Ob sie später die Rechtschreibung lernen werden, kümmert diese Grundschule nicht. Sie entsorgt das Problem in die weiterführende Schule.

Ein Oberstudienrat, altgedienter Latinist, hat zu dieser Verlagerung eine bösartige Erklärung entwickelt und dazu zwei lateinische Klassenarbeiten parat: Livius, Klasse 12. Die eine aus dem Jahre 1970 und die andere aus dem Jahr 2016. Die erste enthält eine DIN-A4-Seite Text zum Übersetzen mit drei Vokabelangaben, die zweite sieben Zeilen Text, zwanzig Vokabelhilfen und drei ausführliche Übersetzungsanweisungen sowie den Hinweis, dass hinreichendes Interpretieren in jedem Fall fünf Punkte erreichbar macht. „Mit diesen Kenntnissen kann man weder Geschichte noch Theologie studieren. Sie taugen zu nichts. Die Schüler haben keine Ahnung, wie sie ums eigentliche Lernen betrogen werden, und wenn sie später im Studium versagen, wissen sie nicht, dass es an der Schule liegt.“ Er ver-

gleicht die Schule mit dem Kammerjäger, der Ratten vertilgt. „Diese schlaunen Tiere fressen Warfarin und verenden an einer anderen Stelle und wissen nicht, wo ihnen der Tod verabreicht wurde. Ähnliches tut die Schule, wenn sie ihre Verantwortung für die Zukunft der Schüler leugnet und sie ausspuckt, ohne sie tüchtig gemacht zu haben.“



Manche legen ein Musikabitur ab, ohne eine Note lesen zu können. Dieser Schüler beherrscht das Notensystem, vermutlich aber hat er es nicht in der Schule gelernt, sondern im privaten Musikunterricht, den seine Eltern ihm ermöglichten.

Foto F1online

Manche Lehrkräfte finden solches Verhalten richtig. Sie haben immer noch die Nachwehen der „Klassenschule“ mit ihren „Rahmenrichtlinien“ im Kopf und eine Abscheu vor „abfragbarem Wissen“ bewahrt. Für sie ist jedes Lernen von Regeln und Strukturen schlicht Dressur. Manche von ihnen sind in die Politik und Bildungsverwaltung gegangen und arbeiten beharrlich daran, dass die Reduktion des Lernpensums Bestandteil des Bildungsauftrages wird.

Die meisten Lehrer aber leiden an der Situation und heulen doch mit den Wölfen. Die geschmeidige Schulwebsite mit ihren Erfolgsmeldungen, Auszeichnungen und Abschlussquoten setzt vor allem emotionale Zeichen. Das Image der Schule, die Wärme der Kollegialität und die Scheu, den Schülern konsequent Anstrengungen abzuverlangen, sind die Ingredienzien, aus denen das „Warfarin“

gemixt wird. Seine Minilateinklausur zeigt, dass auch der Oberstudienrat mitmacht und die Schüler nur insgeheim bemitleidet. Gruppendruck, das Selbstverständnis der meisten Lehrkräfte als Einzelkämpfer und eine fundamentale didaktische Unsicherheit schaffen ein Klima der Resignation. Selbst die unablässig forsch verlangte „Entrümpelung“ der

ebenso zunimmt, wie die Wortkenntnis von Romanisten schwindet, dann wird auch die letzte Hürde niedriger.

Elementare Fertigkeiten sterben aus. So macht ein Grundkurschüler Abitur in Musik ohne Kenntnis der Notenschrift und musikalischen Begrifflichkeit. „Es ist mit den heutigen Schülern nicht mehr zu schaffen, dass sie in der fünften und sechsten Klasse die Noten lernen, und zur Blockflöte kann man keinen mehr zwingen.“ So sagt eine Ausbilderin für gymnasialen Musikunterricht, die selbst eine begnadete Musikerin ist und doch musikalischen Analfabetismus lehrt.

Was Musiker und Sportler selbstverständlich praktizieren, das Üben als „Einschleifen“ elementarer Techniken, verschwindet aus dem Unterricht, weil es lästig und mühevoll ist und dem Lehrer, der es durchsetzen will, nicht die Zuneigung der Kinder einbringt. Reime und andere Eselsbrücken ermöglichten früher den Erwerb grammatischer Regeln, der Notennamen oder der Rechtschreibung. Wenn dreifig angehende Deutschlehrer im Lyrikseminar bekennen, niemals ein Gedicht auswendig gelernt und vorgetragen zu haben, wundern sich der Dozent nicht mehr.

Viele Inhalte sind zwar immer noch „dran“, aber nur bis zur nächsten Klassenarbeit und nicht mit dem Ziel, durch das weitere Leben zu begleiten. So weist ein Klempnermeister seine Lehrlinge an, die Länge einer schräg verlaufenden Dachrinne auszurechnen, vergeblich, denn sie haben ihr Tablet nicht dabei und aus dem Stand keine Ahnung, wie sie mit rechtwinkligen Dreiecken umgehen müssen. Ein empörter Anruf bei der Berufsschule belehrt ihn, dass solche Techniken „in der Cloud“ abgelegt seien und die Lehrlinge gelernt hätten, diese Ressource zu nutzen. Der Meister ist fassungslos.

Alldem liegt ein zeitgeistiger psychischer Mechanismus zugrunde: Die Lehrkräfte als „Lernbegleiter“ dürfen (und wollen) eigentlich keinen Zwang mehr ausüben. Gute Noten – wie die Schwemme an Eins-Komma-Abiturprüfungen – machen beliebt, fördern das Image der Schule und schaden zunächst scheinbar nicht. Der Politik ist das alles recht. Sie will die Maximierung nominell hochwertiger Abschlüsse. Was später aus den Menschen wird, interessiert sie nicht mehr.

Der Verfasser war Gymnasiallehrer und Ausbilder und betreibt ein pädagogisches Beratungsinstitut.

Bildungsnotizen

Lehramtspraktika im Ausland

Lehramtsstudenten sollen künftig Erfahrung im Ausland sammeln können. Das ist das Ziel einer Kooperation zwischen der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt (GÜ) und dem Weltverband Deutscher Auslandsschulen (WDA). Die Zusammenarbeit ermöglicht Lehramtsstudenten der Goethe-Universität mehrmonatige Schulpraktika an einer der 140 anerkannten Deutschen Auslandsschulen. Nach dem Dafürhalten des WDA können Lehramtsstudenten so frühzeitig internationale und interkulturelle Erfahrung sammeln. Die Deutschen Auslandsschulen leisteten somit einen Beitrag zur Lehrerausbildung. Zugleich könnten sie ihre Attraktivität als Arbeitgeber für Lehrkräfte aus Deutschland unter Beweis stellen. (oll.)

GEW gegen Noten

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat ein Ende der Schulnoten gefordert. „Zensuren sind nicht objektiv“, sagte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe der „Bild“-Zeitung. „Wir müssen weg von den Noten, hin zu individuellen Berichten, weil sie den persönlichen Lernfortschritten der Kinder viel gerechter werden.“ Es sei wissenschaftlich bewiesen, dass Berichte besser seien. Die Zensuren von „sehr gut“ bis „ungenügend“ sollen nach der Vorstellung Tepes nicht nur in Grundschulen, sondern in allen Schulformen abgeschafft werden. Widerspruch kam vom Philologenverband. Die Vorsitzende der Kultusministerkonferenz (KMK), Baden-Württembergs Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) lehnte die Idee ab. „Schule muss leistungsorientiert sein“, sagte sie. „Deshalb gehören auch Noten zur Leistungsmessung dazu.“ Auch der Chef des Deutschen Philologenverbands, Heinz-Peter Meidinger, widersprach Tepe. „Spätestens ab der dritten Klasse werden Noten wichtig, nicht zuletzt deshalb, weil sie eine Orientierung für den Übertritt in weiterführende Schulen darstellen.“ (AFP)

SPD fordert Milliardenausgaben

Der Bund soll sich nach den Plänen der SPD im kommenden Jahrzehnt mit rund 33 Milliarden Euro dauerhaft an der Finanzierung der Hochschullehre beteiligen. Das sieht ein „Zukunftsvertrag für Wissenschaft und Forschung“ vor, den SPD-Politiker in Berlin vorgestellt haben. Ihr Strategiepapier für die Jahre 2021 bis 2030 hat ein Gesamtvolumen von mehr als 48 Milliarden Euro, das durch die Bundesländer noch aufgestockt werden soll. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil sprach von einer „finanziellen Kraftanstrengung“, die dringend notwendig sei. Im Zentrum des Konzepts steht eine „Qualitätsstrategie Hochschullehre“, die den auslaufenden Hochschulpakt ablösen soll. Im Gegensatz zum befristeten Hochschulpakt soll der Bund dauerhaft in die Finanzierung der Lehre einsteigen. Heil versicherte, die notwendigen Spielräume im Haushalt seien vorhanden. (dpa)

Opposition für Bafög-Erhöhung

Die Grünen wollen die schwarz-rote Regierung unter Druck setzen, noch vor der Bundestagswahl im Herbst eine Bafög-Erhöhung von sechs Prozent zu beschließen. Einen entsprechenden Antrag brachte die Fraktion zur Beratung in das Bundestagsplenum ein. „Union und SPD wollen es zwar nicht wahrhaben – aber die Zahlen sind eindeutig: Die Bafög-Erhöhung aus dem letzten Jahr hält nicht Schritt mit der Preis- und Einkommensentwicklung“, sagte der Bildungspolitiker Kai Gehring der Deutschen Presse-Agentur. Die Grünen fühlen sich durch den „Alternativen Bafög-Bericht“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes und mehrerer Einzelgewerkschaften bestärkt. Demnach ging die Förderquote bei Studenten von 2012 bis 2015 von 19 auf 15 Prozent zurück, während ihre Gesamtzahl auf rund 2,8 Millionen wuchs. Schwarz-Rot hatte im August 2014 eine Bafög-Reform verabschiedet. Die Höchsthöhe stieg mit der Erhöhung der Bedarfssätze zum Herbst 2016 von 670 auf 735 Euro. Die Linkspartei wirft der Regierung „Totalversagen“ vor. „Die Bedarfssätze, die Kosten der Unterkunft, die Altersgrenzen oder die Nichtförderung von Teilzeitstudien – all dies entspricht überhaupt nicht mehr der heutigen Lebensrealität der Studierenden“, sagte die Bildungspolitikerin Nicole Gohlke. (dpa)

Kretschmann mahnt zu Geduld

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat sich gegen Druck aus den Kommunen bei der Finanzierung der Digitalisierung an Schulen verwahrt. Zunächst müsse man das Angebot des Bundes dafür abwarten, sagte er auf der Bildungsmesse Didacta in Stuttgart. „Erst wenn wir das wissen, werden wir mit den kommunalen Landesverbänden Gespräche darüber aufnehmen, wer sich darüber hinaus in welchem Umfang beteiligt.“ Er empfehle Sonnenheit statt Hektik. Kretschmann erinnerte an die Arbeitsteilung, nach der das Land den Anschluss von Schulen an das schnelle Internet fast vollständig finanziere. Die Anschlüsse in den Klassenzimmern zu installieren sei Aufgabe der kommunalen Schulträger. Städtetagspräsident Dieter Salomon (Grüne) verwies auf die enormen Kosten der Digitalisierung. Da müssten Wände für die Netze in der Schule aufgedruckt werden und Umbauten erfolgen. „Das können die Kommunen nicht allein schultern“, sagte er. Nach Plänen von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) sollen alle 40 000 Schulen in Deutschland innerhalb von fünf Jahren mit IT-Infrastruktur für insgesamt fünf Milliarden Euro ausgerüstet werden. (dpa)